



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. KONRAD ADENAUER

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, 7. MAI 1954

AUF DEM GELÄNDE DER ESSO-RAFFINERIE IN HAMBURG-HARBURG



Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann es mir an dieser Stelle ersparen, auf die entscheidende Bedeutung des Außenhandels für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung der Bundesrepublik Deutschland hinzuweisen. Auch erscheint es mir wenig sinnvoll, die statistischen Ziffern zu wiederholen, die den Aufschwung belegen, den der deutsche Außenhandel seit 1949 genommen hat. Es genügt, glaube ich, eine Tatsache hier zu erwähnen: Niemand von uns hätte wohl 1949 einen Ausfuhrüberschuß von fast 2¹/₂ Milliarden DM, wie ihn das Jahr 1953 gebracht hat, für möglich gehalten.

Neben die Frage der Exportsteigerung, die während der letzten Jahre im Vordergrund aller unserer Bemühungen stehen mußte, sind heute andere Probleme getreten. In erster Linie möchte ich auf die Notwendigkeit des Ausgleichs der Außenhandelsbilanz hinweisen. Sie wissen, daß dieser Frage seit längerer Zeit besondere Beratungen und Bemühungen der Bundesregierung gelten. Wenn diese auch noch nicht abgeschlossen sind, so ist doch eines sicher, daß eine Lösung niemals durch eine künstliche Herabsetzung der Ausfuhrüberschüsse etwa durch Maßnahmen zur Beschränkung der Ausfuhr angestrebt wird. Der deutsche Außenhandelskaufmann sollte auch in Zukunft um wachsende Außenhandelsumsätze bemüht sein. Die Bundesregierung hat ihm in den ersten Jahren des Bestehens der Bundesrepublik durch den Wiederaufbau des Handelsvertragssystems wieder die Möglichkeit zum Arbeiten gegeben. Sie hat etwa mit 50 Ländern meist kurzfristige auf die Regelung des Waren- und Zahlungsverkehrs beschränkte Handels-, Waren- und Zahlungsabkommen abgeschlossen. Sie wissen, daß es in der letzten Zeit unser Bestreben war, den Waren- und Zahlungsverkehr von allen verbliebenen zwangswirtschaftlichen Fesseln zu befreien.

Auf handelspolitischem Gebiet hoffen wir zuversichtlich, in immer stärkerem Maße von kurzfristigen bilateralen Abkommen zu langfristigen Handelsverträgen zu kommen. Sie sollen eine feste dauernde Rechtsgrundlage für die Gesamtheit der Wirtschaftsbeziehungen zu dem jeweiligen Partnerland schaffen. Sie sollen den Staatsangehörigen beider Länder wechselseitig die Sicherheit geben, ohne welche Handel und Gewerbe nicht betrieben werden können. Sie sollen Schutz geben vor fiskalischen und anderen hoheitlichen Eingriffen, welche die Wettbewerbslage ungerechtfertigt verschieben. Durch das Prinzip der Meistbegünstigung und das der Inländerbehandlung soll eine weitestgehende Verflechtung unserer Volkswirtschaft mit den Volkswirtschaften der Welt erreicht werden.

Voraussetzung für unseren Außenhandel, vor allem für den Überseehandel, ist eine leistungsfähige Schifffahrt. Krisenzeiten und vor allem die Erfahrungen während des Korea-Booms haben uns gezeigt, daß der Transport der lebensnotwendigen Ein- und Ausfuhr letztlich nur dann gesichert ist, wenn eigene Schiffe vorhanden sind. Die Bundesrepublik will aber wie jede echte Schifffahrtsnation mit ihrer Handelsflotte nicht nur der eigenen Ein- und Ausfuhr dienen, sondern zugleich die Nachfrage des Auslandes nach Frachtraum befriedigen helfen, ebenso wie Schiffe anderer Nationen einen erheblichen Teil unserer Transportbedürfnisse decken und auch nach einem weiteren Ausbau unserer Seeschifffahrt immer wieder von uns in Anspruch genommen werden sollen.

Die Frage, ob wir uns mit den bisher beim Wiederaufbau der deutschen Handelschifffahrt erzielten Erfolgen zufrieden geben können oder dürfen, habe ich bereits mehrfach mit „Nein“ beantwortet. Noch bietet die deutsche Tonnage den Verladern nur unzulängliche Möglichkeiten. Sie bedarf weiterer Verstärkung und Verbesserung, wenn sie auf die Dauer wirtschaftlich fahren will. Erst etwa die Hälfte unserer früheren Tonnage konnte bisher durch Neubau oder Ankauf von Schiffen wieder erreicht werden. Die deutsche Handelsflotte ist noch viel zu klein. Der Deckung dieses echten Tonnagebedarfs stehen verschiedene Schwierigkeiten gegenüber. Die hohen Zinsen auf unserem immer noch beschränkten Kapitalmarkt können aus den gegenwärtig niedrigen Frachtraten nicht erwirtschaftet werden. Die ausländischen Reeder können vielfach auf einen Kapitalmarkt mit weit niedrigeren Zinsen zurückgreifen. Die Konkurrenten der deutschen Linienschifffahrt verfügen außerdem über höhere Reserven.

Alle diese Hemmungen, die einem weiteren Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte entgegenstehen, müssen durch geeignete Maßnahmen überwunden werden. Maßnahmen, die es den deutschen Reedern ermöglichen sollen, den Finanzbedarf für die vordringlichsten Schiffsneubauten zu decken, werden, wie wir hoffen dürfen, bald zum Abschluß kommen.

Sie werden es ermöglichen, daß der weitere Aufbau der deutschen Handelsflotte nicht ins Stocken gerät. Entgegen einer weit verbreiteten Auffassung sind mit Hilfe des Bundes auch in den letzten Monaten beträchtliche Neubaufträge finanziell sichergestellt worden. Schmerzlich berührt, daß der Binnenschiffsverkehr der Elbe seine traditionelle Bedeutung bisher nicht wieder erlangen konnte. Der Verkehr ist um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Die Elbschifffahrt hat jedoch wegen der wiederholten Sperren des Schiffshebewerkes Rothensee am Abstieg des Mittellandkanals zur Elbe ihre große Bedeutung als Reserve für den Berlin-Verkehr behalten und eindrucksvoll nachgewiesen. Ich kann hier in Hamburg nicht an der erfreulichen Tatsache vorbeigehen, daß sich diese Stadt ihren alten Ruf als schneller Hafen wieder zu erwerben gewußt hat, und zwar trotz aller Schwierigkeiten.

Daß auch Hamburgs Industrie ihren Beitrag zum Wiederaufbau dieser Stadt geleistet hat, zeigt gerade das Gelände, auf dem wir heute stehen. Die neuerstellte Raffinerie erfüllt alle Voraussetzungen einer modernen technischen Anlage. Durch gediegenes Wissen und Können, gepaart mit Unternehmergeist, unterstützt von einer vortrefflichen Arbeiterschaft, wurde ein neues Werk geschaffen, das berufen ist, einen wertvollen Beitrag für den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands zu leisten. Die neue Anlage ist zudem ein deutlicher Beweis für die Verknüpfung und Zusammenarbeit auch der Hamburger Industrie mit Übersee. Auch möchte ich hier in Hamburg mit allem Nachdruck betonen, daß die Förderung unserer Seehäfen nicht allein im deutschen, sondern zugleich im gesamteuropäischen Interesse liegt.

Sie, meine Herren, die Sie hier in Hamburg der Zonengrenze sehr nahe sind, vermissen schmerzlich das Hinterland jenseits der Elbe. Aus diesem Grunde fühle ich mich verpflichtet, Ihnen die Versicherung zu geben, daß das zentrale Problem für die Bundesregierung die Beseitigung dieser hindernden, widernatürlichen Grenze, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit ist. Gerade für die Wiedervereinigung gilt jedoch die allgemeine Erkenntnis, daß die Bundesrepublik ihre Probleme nur im Zusammenwirken mit ihr befreundeten Mächten lösen kann. Niemand sollte in diesem Zusammenhang vergessen, daß die Spaltung Deutschlands auf dem Konflikt der Großmächte beruht und infolgedessen auch nur durch ein Übereinkommen der Großmächte beseitigt werden kann. Daher ist es unsere Aufgabe, Freunde

und Bundesgenossen zu finden, die von der Rechtmäßigkeit unseres Verlangens überzeugt sind, die auch davon überzeugt sind, daß die Befriedigung des deutschen Anspruchs auf Wiedervereinigung der Befriedigung Europas und damit der Welt dient. Ich darf mit Genugtuung feststellen, daß unser außenpolitisches Bekenntnis zur freien Welt des Westens uns an die Seite starker Nationen geführt hat, die ebenso wie wir von der Notwendigkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands um der Sicherung des Friedens willen überzeugt sind.

In Europa haben wir versucht, zu einer sehr engen Zusammenarbeit zu kommen und aus dieser Zusammenarbeit eine Europäische Politische Gemeinschaft hervorgehen zu lassen. Wäre es nach unseren Wünschen gegangen, dann wäre der europäische Zusammenschluß in den letzten Jahren und Monaten mit verstärktem Eifer vorwärtsgetrieben worden. Aufgetretene Hindernisse, so bedauerlich sie sind, dürfen uns aber nicht veranlassen, die Ziele, die wir als richtig erkannt haben, aus dem Auge zu verlieren. Wir in Deutschland haben uns entschieden. Wir haben alles getan, was wir für die Inkraftsetzung der Verträge zu tun hatten. Wir sind bereit, bei der Regelung schwebender Fragen, die ein Hindernis für die Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft sein können, bis an die Grenze des Möglichen zu gehen.

Auch in der schwierigsten und uns besonders stark berührenden Frage, der Saarfrage, wollen wir die äußersten Anstrengungen machen, um mit Frankreich eine Gesamtlösung von echtem europäischen Charakter zu finden. Bei jeder sich in den letzten Jahren bietenden Gelegenheit hat die Bundesregierung versucht, den Standpunkt, den unser eigenes nationales Interesse in der Saarfrage nahelegt, zur Anerkennung bei den anderen Regierungen zu bringen. Eines steht jedoch fest: Das Saarproblem ist unlösbar, wenn Deutschland und Frankreich es allein unter dem Gesichtspunkt ihrer nationalen Interessen lösen wollten. Es bleibt, wenn wir eine realistische Politik betreiben wollen, nichts anderes als eine neuartige Lösung übrig.

In ihrer Europapolitik und in ihrer ganzen Außenpolitik hat sich die Bundesregierung von Anfang an von der Überzeugung leiten lassen, daß die größte Gefahr für Deutschland, Europa und der gesamten freien Welt vom Kommunismus und seinem Führerstaat der Sowjetunion droht. Diese Gefahr darf man niemals durch Gewöhnung an sie unterschätzen oder gar übersehen. Man muß sich immer wieder klar machen, daß nur die Vermehrung der Stärke des freien Westens einen wirksamen Schutz vor dieser Gefahr bildet. Der bisherige Ablauf der Genfer Konferenz zeigt, auch wenn man den Einzelheiten aus der Ferne nicht immer zu folgen vermag, das Eine mit voller Klarheit: Die kommunistische Front in der Welt ist nach außen einig, sie ist stark, sie ist aggressiv. Ich glaube, daß die Meldungen über die mangelnde Einheit und eine dadurch verursachte Schwäche des Westens übertrieben werden, daß die Front des freien Westens nach wie vor stärker ist als die kommunistische Front. Aber ich glaube doch, daß die Politiker der freien Welt immer, und vielleicht noch stärker als bisher, daran denken müssen, daß Einigkeit und Geschlossenheit ihr bester, vielleicht ihr einziger Schutz sind. Das gilt vor allem von den Politikern Europas, die endlich sich einmal klar darüber werden müssen, daß egoistische Interessen zurücktreten müssen hinter dem großen gemeinsamen Interesse: Dem Schutze der Freiheit.

Lassen Sie mich zum Schluß feststellen, daß unsere Zusammenarbeit mit den freien Völkern ihre Früchte getragen hat. Wir sind nicht mehr isoliert. Überwiegend wird heute in der freien Welt die Auffassung vertreten, daß man auf die Zusammenarbeit mit Deutschland nicht mehr verzichten kann. Ein mächtiges weltweites Bündnissystem garantiert unsere Sicherheit. Nur unter einem starken Maß politischer Sicherheit kann die Wirtschaft, kann der Handel sich entfalten.

Sie, die Sie immer wieder hinauskommen über die nationalen Grenzen und die Welt kennen, wissen, welchen Wert das Vertrauen der Völker für Deutschland hat. Nur in einer Welt, die uns Vertrauen entgegenbringt, kann Deutschland leben, kann es seinen Söhnen Arbeit und Brot geben. Vertrauen hat die Bundesregierung für Deutschland in den letzten Jahren in hohem Maße erworben. Schenken auch Sie, die Sie in Ihrer täglichen Arbeit auf die Freundschaft der anderen Nationen angewiesen sind, auch Ihrerseits der Politik der Bundesregierung volles Vertrauen, damit wir gemeinsam arbeiten zum Wohle Deutschlands.

